

Hallische Zeitung

(im Schwetschke'schen Verlage).

Politisches und
für Stadt



literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung (Schwetschke). — Redakteur Dr. Schadeberg.

Fortsetzung des Hallischen Couriers (im Schwetschke'schen Verlage).

N 79.

Halle, Dienstag den 17. Februar
Erste Ausgabe.

1852.

Deutschland.

Berlin, d. 14. Februar. Die Beratungen der Kommission Erster Kammer, welcher die Anträge auf Neubildung der Ersten Kammer zugewiesen worden, sind in zwei Sitzungen, die vorgestern und gestern stattfanden, so weit gefördert worden, daß die Materialien für den Bericht bereit liegen, mit dessen Erstattung der Abg. Dr. von Zander beauftragt ist. Beiden Sitzungen wohnte der Minister des Innern selbst bei. Das Resultat ist, daß über den Hefter'schen Antrag der Kammer Uebergang zur Tagesordnung anempfohlen wird, und daß der Antrag Uvonsleben-Stahl-Gaßner der Kammer in folgender abgeänderter Gestalt zur Annahme empfohlen werden wird: §. 1. An Stelle der Artikel 65, 66, 67 und 68 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 tritt die Bildung der ersten Kammer durch Anordnung des Königs. §. 2. Die erste Kammer soll bestehen a) aus den großjährigen Prinzen des königl. Hauses; b) aus den Häuptern der hohenzollern'schen Fürstenthümer; c) aus den Häuptern der früheren reichsständischen Geschlechter in Preußen; d) aus den Häuptern der Familien, denen das Recht aus Sitz und Stimme in der Ersten Kammer in lineal Erbfolge verliehen wird; e) aus Mitgliedern, welche von korporativen Verbänden des größeren, vornämlich des alten und des beständigen Grundbesitzes, die der König bestimmt, zur ersten Kammer aus ihrer Mitte entsendet werden. Die Zahl der Mitglieder dieser Kategorie soll mit Rücksicht auf die Wirksamkeit provinzial im Verhältnis stehen; f) aus Mitgliedern der Oberhäupter der großen Städte und der Universitäten nach Anordnung des Königs. §. 3. Die Wirksamkeit der Ersten Kammer beginnt vom 7. August d. J. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt es bei den Wahlgesetzen vom 6. December 1848 und 30. April 1851.

Die Petitionscommission der Zweiten Kammer hat in Bezug auf einen Antrag der Prediger Jonas, Sydow und Genossen, — betreffend die Herstellung der vollen Unabhängigkeit der evangelischen Kirche, — beschloffen, den Uebergang zur Tagesordnung vorzuschlagen. In der betreffenden Kommission der Ersten Kammer wurde die Ablehnung des von den Abgeordneten von Forstner und Lette eingebrachten Antrags auf Niederlegung einer Untersuchungs-Kommission zu Gunsten der Deutsch-Katholiken beschloffen.

Die große Theilnahmlosigkeit, welche bei der Bevölkerung zur Vornahme von Wahlen für die Kammern seit längerer Zeit hervortritt, hat bereits an den geeigneten Stellen zu Beratungen geführt, wie diesem Uebelstande abgeholfen werden könne. Es sind Fälle vorgekommen, daß neue und wieder neue Wahltermine angelegt werden mußten, weil sich kein Wähler fand, und die Wahl der Deputirten durch eine kleine Minorität der berechtigten Wahlmänner ist fast stehend geworden. Da es nun nach den bestehenden Gesetzen kein Mittel giebt, die Wähler zur Ausübung ihrer Staatspflicht zu zwingen oder die Säumigen mit Strafen zu belegen, so ist, wie man der „Wes.-Ztg.“ mittheilt, der Vorschlag gemacht, einen Regierungscandidaten auf die Wahlliste zu setzen und für diesen alle diejenigen Stimmen zu zählen, welche nicht beim Wahlacte abgegeben werden, jedesmal aber denselben als Volkstretter zu betrachten, wenn der Gegencandidat die Majorität aller berechtigten Stimmen nicht erhalten hat, oder wenigstens die Majorität der Wähler beim Wahlacte nicht zugegen war.

Der Criminalsenat des Kammergerichts verhandelte gestern über die Appellation des Staatsanwalts gegen die in erster Instanz ergangene Freisprechung des Abgeordneten Hartort wegen des diesem bekanntlich verfaßten Bürger- und Bauern-Briefes. Der Rechtsanwalt Setze vertrat die Staatsanwaltschaft, der Justizrath Ulert den Angeklagten. Nachdem der erste Theil des Referats, eben so wie ein Theil des incriminirten Schriftstücks in öffentlicher Sitzung

vorgetragen war, zog sich der Gerichtshof plötzlich zur Berathung zurück und schloß in Folge derselben aus Gründen des öffentlichen Wohls die Öffentlichkeit aus. Ueber die Verhandlung selbst vermögen wir daher nichts zu berichten, das Resultat derselben ist zwar auf Befriedigung der Freisprechung gegen den Angeklagten selbst, zugleich aber auf Vernichtung des Bürger- und Bauernbriefes ergangen. Dem Vernehmen nach hat der Gerichtshof den Inhalt des Briefes für strafbar erachtet, woraus sich die Vernichtung desselben rechtfertigt, und den Angeklagten nur um deshalb freigesprochen, weil noch kein Exemplar des Briefes vor der Confiscation ausgegeben worden ist.

Nach dem neuesten Militair-Wochenblatte hat sich die Direction der Berlin-Anhaltischen Eisenbahngesellschaft erboten, fortan und bis auf Weiteres den Mannschaften vom Feldwebel einschließlichs abwärts auch bei Reisen in eigenen Angelegenheiten, gegen Vorzeigung ihres Urlaubspasses und sofortiger Entrichtung des Fahrgeldes, die Vergünstigung des bei Beförderungen in Dienstangelegenheiten bewilligten Tarifsaßes von 20 Pfennigen für den Mann und die Meile in 3. Wagenklasse zu gewähren.

[Dreißigste Sitzung der Ersten Kammer am 14. Februar, 10 Uhr.] Am Ministertische der Finanzminister. Die Kammer fällt sich spät. Auf der Tagesordnung sind die Anträge v. Zander und v. Uvonsleben, die Verfassungs-Artikel betreffend, welche vom Budget handeln.

Die Kommission beantragt zuerst: „Die Kammer wolle im verfassungsmäßigen Wege beschließen: daß der Artikel 99 durch folgende Bestimmungen ersetzt werde: Art. 99. Alle Einnahmen und Ausgaben des Staats müssen im Voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden. Der Ausgabe-Etat zerfällt in den ordentlichen, welcher die zu bauernden Staatszwecken erforderlichen Bedürfnisse umfaßt, und in den außerordentlichen Etat. Der in dem ersten Jahre der nächsten Legislatur-Periode durch ein Gesetz festzustellende Etat der ordentlichen Ausgaben kann nur in Uebereinstimmung der Staatsregierung und der beiden Kammern abgeändert werden, und bis diese Einigung erfolgt, ist die Staatsregierung ermächtigt, in Gemäßheit des Etats die Ausgaben fortzuleisten. Auf Grund des also festgestellten Etats der Einnahmen und der ordentlichen Ausgaben, welche sich im Laufe des Jahres ereignen haben oder als notwendig erkannt werden, in einer Zusammenstellung von der Staatsregierung alljährlich vorgelegt und durch ein Gesetz festgestellt. Zur besseren Uebersicht veranlaßt die Staatsregierung alle drei Jahre, und zwar in dem ersten Jahre der Legislatur-Periode der Zweiten Kammer: eine den Kammern mitzutheilende neue Ausfertigung des ordentlichen Etats. Die Feststellung des Etats für die außerordentlichen Ausgaben erfolgt alljährlich durch ein Gesetz.“

Er. Uvonsleben begründet zunächst seinen von der Kommission acceptirten Antrag, indem nach den bisherigen Bestimmungen der Verfassung eine ungewöhnliche Macht einer einzelnen Kammer übergeben wird. v. Zander schließt sich dem Kommissionsvorschlage an.

Kühne widerspricht darin dem Commissionsbericht, daß die Mitglieder derselben einstimmig die Annahme des combinirten Antrages empfohlen haben. Er sei auch Mitglied derselben und habe dagegen gestimmt aus vielerlei Gründen. Der Redner geht zuerst auf den Art. 108 der Regierungsvorlage von 1849 über, welcher eine Forthebung der Steuern bis zur ersten Budgetberatung festsetzte und also nur eine transitorische Bestimmung enthielt. Er giebt hierauf eine Schilderung der Fortbildung jenes Gesetzes. Die Ausgabenbewilligung habe die Kammer als ihr größtes Recht früher angesehen; und doch habe im Jahre 1850 die Regierung nach Vertagung der Kammern die Ausgaben selbstständig fortgesetzt. Man traue also gar keine Furcht vor einer möglichen Steuerverweigerung zu haben. Auf die einzelnen Bestimmungen eingehend, findet er eine dreijährige Feststellung des Etats für nicht zweckmäßig; sobald habe man einen noch kühneren Griff gemacht: die ordentlichen Ausgaben sollten ein für allemal festgestellt werden. Das beste, das Volk solle noch einmal dieselben festsetzen; dann aber auf sein Recht verzichten. Man

könne ein Budget für 3 Jahre, für 4 Jahre und noch auf längere Zeit machen, wenn aber Jemand ein Budget für immer haben wolle, so wisse er nicht, welches parlamentarische Beiwort man Jenem geben müsse. Es hiesse dies der Kammer eine Omnipotenz zuschreiben, die, ohne daß er die Rechte derselben schmälern wolle, er ihr doch nicht gewähren könne. Was die praktische Seite des Antrages betreffe, so wolle man dies Gesetz einbringen in einer Zeit, wo die ordentlichen Einnahmen nicht hinreichten, um die ordentlichen Ausgaben zu decken. In einem solchen Zustande eines Deficits wolle man ein Budget für immer feststellen. Auch die Eintheilung des Etats in einen ordinarium und extraordinarium sei gefährlich, er fürchte, man werde dann einen ordentlichen Etat bekommen, der mit einem Deficit abschliesse, und der Finanzminister werde dann einen schweren Stand haben, dieses zu decken. Er glaube deshalb, dieses eine sehr gefährliche sei. Alles dies sei seine innerste Ueberzeugung, die durch Erfahrung, nicht aber durch den Parteigeist hervorgerufen sei. Deshalb bitte er die Versammlung, diesen Antrag abzulehnen. (Allgemeines Bravo!)

Abg. Graf Helldorf erklärt sich für den Commissionsantrag. Stahl hält eine alljährliche Berathung und Feststellung des Budgets für eine Verschwendung an Zeit und Kraft. Den regelmäßigen Staatshaushaltsetat periodisch in Frage stellen, heiße den Staat selbst in Frage stellen. Dies zu verhindern, sei das leitende Prinzip für die Kammer seit 1849 gewesen; aus diesem Grunde habe sie die richtige Erklärung des Art. 105 festgehalten, der nicht eine transitorische, sondern eine dauernde Bestimmung enthalte. Es sei aber nie sein Gedanke gewesen, daß der Kammer die Bewilligung aller Ausgaben übrig gelassen sei, nach Entziehung des Rechts der Steuerbewilligung. Er halte den Antrag für eine wesentliche Verbesserung; denn einmal sei es gar nicht nöthig, daß man sich alljährlich über die Feststellung des Etats freite; dann gewähre auch der Antrag eine gewisse rechtliche Sicherstellung. Wenn man von jener Seite die Feststellung des Budgets für immer als etwas Unmögliches halte, so müsse er fragen, ob nicht in jedem Staate eine traditionelle Beständigkeit des Etats vorhanden sei. Nöthigenfalls könne man auch etwanige Ueberschüsse oder Deficits einzelner Positionen des ordentlichen Etats durch die Feststellung des außerordentlichen Etats heben oder ersetzen. Und wenn man ein Budget für 6 Jahre, wie in Baiern, oder für 10 Jahre, wie in den Niederlanden, feststellen könne, so könne man dies auch für immer (So!), d. h. für unbestimmte Zeit thun. Der Redner schließt sich deshalb dem Antrag des Abg. Graf v. Alvensleben an. Kühne widerlegt den Vorredner in mehreren Punkten. Allerdings habe in den Niederlanden ein 10jähriger Etat bestanden, sei aber jährlich ein Stein des Anstoßes gewesen, und besitze deshalb, soviel er wisse, jetzt nicht mehr. Wolle man die Festsetzung des Etats für immer bewilligen, so möge man dies thun; sich aber nicht darüber täuschen, daß man sich und sein Recht vernichte, und es seinen Kindern und Kindeskindern entziehe. (Bravo!)

Es folgen Berichtigungen von Kühne und Risler, Bemerkungen v. Gerlach, v. Binde und Stahl. Der Finanzminister erklärt sich für den Antrag, nicht aus den von Kühne unterstellten politischen Gründen, sondern aus praktischen, welche von Kühne nicht beseitigt worden, indem derselbe seine Bedenken zu stark aufgetragen. Die Regierung werde in jedem Jahre Veränderungen anzutragen haben (hört, hört! zur Linken).

Der Minister des Innern erklärt, daß sich auch in den übrigen Ministerien die Nachteile des jährlichen Etats herausgestellt, da man keinen dauernden Plan durchführen könne (Heiterkeit zur Linken). Der Minister beruft sich auf Unternehmungen für Landeskultur u. s. w. In dem Vorschlage der Kommission liegt ein Mittel zur Sicherstellung der Finanzlage, welche vorzugsweise der ersten Kammer obliegt, und von der nächsten Legislaturperiode als ein geeignetes Vermächtniß aufgenommen werden wird.

Der Commissionsantrag wird hierauf bei namentlicher Abstimmung mit 87 Stimmen gegen 57 angenommen.

Die Kommission schlägt ferner der Kammer vor: dem Antrage des Abgeordneten Dr. v. Zander gemäß, in dem Art. 62 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 die Worte des dritten Absatzes: „Legtere werden bei der ersten Kammer im Ganzen angenommen oder abgelehnt“ zu streichen.

v. Zander für seinen Antrag, findet es jetzt angemessen, das der Ersten Kammer auferlegte Obium zu entfernen, da ihr Mandat zu Ende geht. Matthiis gegen den Antrag, weil der von seinem Freunde eingebrachte Vorschlag über die Bildung der Ersten Kammer noch nicht erledigt sei, und die Verschiebung der Debatte bis dahin nicht beliebt worden.

Stahl findet in dem vom Vorredner aufgestellten Einwand den einzigen, der sich gegen den Antrag vorbringen lasse, aber auch dieser sei nicht begründet. Es sei auch nach dem neuesten Vorschlage nicht alle Wahl für die Mitglieder der Ersten Kammer ausgeschlossen; es komme aber überhaupt darauf nicht an. Der Redner geht auf England über.

v. Forstner gegen den Antrag, Alvensleben dafür, hält es bloß für eine Ehrensache.

Matthiis repliziert gegen Stahl. v. Binde hält es für Ehrensache, das Resultat einer Transaktion festzuhalten. Stahl repliziert neuerdings. Der Antrag wird bei namentlicher Abstimmung mit 85 gegen 55 Stimmen angenommen. Schluß der Sitzung 1³/₄ Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag, Zeit unbestimmt.

Hamburg, d. 13. Febr. Sicherem Vernehmen nach sind der Direktion der Berlin-Hamburger Eisenbahn zur Beförderung von

hier nach Wittenberge an den Bundestruppen vorläufig gemeldet worden: An preussischen Truppen: für den 18. d. Mts. 600 Mann und circa 40 Pferde mit einem Ertrage Nachmittags 1 Uhr zu befördern, für den 19. d. Mts. 600 Mann und circa 40 Pferde mit einem Morgenzuge zu befördern und 600 Mann und circa 40 Pferde mit einem Ertrage Nachmittags 1 Uhr zu befördern. An österreichischen Truppen: für den 20. 21. und 22. je 1200 Mann (1 Bataillon mit Bagage) mit einem Ertrage Nachmittags 1 Uhr zu befördern.

Italien.

Turin, d. 9. Februar. (Tel. Dep.) Die General-Debatte über den Pres-Gesetz-Entwurf ist geschlossen. Noch heute wird dessen Annahme erwartet. Das linke und rechte Centrum haben sich auf eine Rede Balbo's vereinigt, dafür zu stimmen.

Frankreich.

Paris, d. 12. Februar. Der neue Staatsrath hat gestern seine erste Sitzung in allgemeiner Versammlung gehalten. Es wurde, in Folge der im Namen der Abtheilungen erstatteten Berichte, über mehrere Angelegenheiten Beschluß gefaßt.

Seit gestern circuliren erste Ministerialgerüchte, die wohl mit einem bedeutenden Portefeuillewechsel ihre Lösung finden werden. Sehr Verschiedenartiges wird über die Veranlassung der Uneinigkeit im Kabinet erzählt. Die Kriegersichgesinnten behaupten, Persigny und St. Arnaud hätten Pläne auf Belgien, die starken Widerspruch bei den anderen Ministern finden; mag dies auch übertrieben sein, so ist die Sache nicht ganz aus der Luft gegriffen. Gewiß ist, daß Persigny sich mit Maupas nicht verträgt und seines Portefeuilles sehr überdrüssig ist. Sogar heißt es, man wolle Maupas als Gesandten nach Italien senden. Louis Napoleon hatte eine mehrstündige Konferenz mit Herrn von Morny, den er wieder gern im Ministerium sähe, der bisher aber keine Lust dazu zeigt. Nach Anderen wäre L. Napoleon geneigt, KonzeSSIONen in der Orleans-Angelegenheit zu machen, und wolle daher Morny und Foubé, die Gegner des Dekrets wären, wieder heranziehen. Das Wahrscheinlichste bei dem Allen ist, daß Persigny nicht länger mehr Minister des Innern bleiben wird. Er sehnt sich darnach Minister des Aeusern zu werden.

Ein spanischer Kommissar ist eben hier eingetroffen, der im Namen der Königin Isabelle für die Rechte ihrer Schwester, der Herzogin von Montpensier aufzutreten soll.

In Folge der letzten Angriffe auf Militairs ist das Gesetz über Verheimlichung von Waffen und Munition in den Straßen von Paris angeschlagen worden. Des Nachts durchziehen starke Patrouillen mit Spitze und Nachhut die Straßen; überall sind die strengsten Verhaltungsbefehle erteilt worden.

Ein Correspondent der „Kölnener Zeitung“ schreibt: Ich habe ein gedrucktes Exemplar einer Petition an den Senat vor mir liegen, die bei den bevorstehenden Wahlen in allen Sectionen zum Unterzeichnen aufliegen wird. In dieser Petition wird energisch und entschieden verlangt, daß der Senat das Kaiserthum wieder herstelle und Louis Napoleon zum erblichen Kaiser der Franzosen erkläre. Man wird bald sehen, ob die Regierung das Colportiren dieser bedeutungsvollen Petition erlaubt und die Propaganda dafür verhindert, zuläßt oder unterstützt. Ich habe alle Ursache, an das Letztere zu glauben.

Paris, d. 13. Februar. (Tel. Dep. d. Preuss. Ztg.) Der „Moniteur“ enthält ein Dekret, welches einen Kredit von 520,000 Frs. zur Zinsendeckung der griechischen Anleihe eröffnet. Ein anderes Dekret genehmigt die vom Arbeits-Minister mit zwei Gesellschaften geschlossenen Verträge zu Eisenbahn-Anlagen von Dijon nach Besançon und zwischen Dole und Salins. Parochjacquelin ist mehrmals in den Salons des Elysee erschienen.

Großbritannien und Irland.

London, d. 12. Februar. Der durch seine Ausgrabungen in Ninive bekannte Layard, der seit längerer Zeit der Gesandtschaft in Konstantinopel attachirt war, hat den wichtigsten Posten eines Unterstaatssecretairs für das Auswärtige erhalten. Diese Wahl verdient um so mehr Anerkennung, als sie mit der bisherigen Praxis der Whigs im Widerspruch steht, die sich in ihren Ernennungen stets auf den magischen Circel ihrer aristokratischen Connerionen zu beschränken pflegten. Vielleicht fühlte man sich am Ende doch gedrungen, den adeligen Herren mit einigen plebejischen Arbeitskräften zur Hülfe zu kommen. Die durch das Ausscheiden Lord Palmerston's und Lord Broughton's im Ministerium entstandenen Lücken sind hiermit definitiv ausgefüllt, und zwar in der Weise, daß Lord Stanley von Aberdeen und Hr. Vernon Smith in die durch die Beförderung Lord Granville's und Hrn. Mauls' erledigtenämter eintreten, während Hr. Layard der Nachfolger Stanley's wird.

Die „Society of the Friends of Italy“ gab gestern Abend in der „Freimaurerhalle“, einer Taverne in der Nähe von Holborn, ihre erste „Converlozation“ (literarische Soirée) dieser Saison. Das Publikum der Geladenen bestand aus einigen hundert Damen und Herren, denen Signor Mazzini vom Präsidenten Hr. Peter Taylor als ein Mann vorgestellt wurde, der „im großen Pantheon der Zukunft als Patriot und Schriftsteller einen hervorragenden Platz einnehmen werde.“ Der Italienische Agitator las dann einen Aufsatz in drei Kapiteln über die Stellung, die Befreiungen und Leiden der nationalen Partei Italiens vor. Die ersten Abschnitte enthielten gewissermaßen einen Auszug aus den bekannten Schriften Mazzini's, zuletzt aber machte der philosophisch-theologische Styl einem mehr pu-

blichsich-praktischen Maß, und der Verfasser sprach klar und deutlich aus, was er von den Englischen Sympathien erwartet und fordert. Er ging darin minder weit als Kosuth, indem er keiner directen und offiziellen Intervention gegen fremde Interventionen erwähnte, sondern vor der Hand nur den moralischen und pekuniären Beistand der Nation für das Prinzip allgemeiner und allseitiger Nichtintervention anrief. Freilich lag diese Maßigung nur in der Form und im Ausdruck, denn er betonte es sehr scharf und eindrucksvoll, „daß die Werthigungsmittel Englands auf dem Continent liegen, und daß die Pflicht der Selbsterhaltung dem Englischen Volk gebiete, der absolutistischen Propaganda, welche ihre Kreise immer enger um das einzige freie Land Europa's ziehe“ — bei Zeiten entgegen zu wirken. — Er wurde sehr oft von stürmischem Beifall unterbrochen und zuletzt, als die Erfrischungen herumgereicht wurden, und das salsionable Publikum sich in Plauder- und Klüstergruppen auflöste, von allen Seiten mit den achtungsvollsten Aufmerksamkeiten überhäuft.

London, den 13. Februar. (Tel. Dep.) Lord Granville (Staats-Secretair für äußere Angelegenheiten) erklärte in der Parlaments-Sitzung der vergangenen Nacht, die Nationen müßten handeln, wie sie es wünschten, behandelt zu werden, sich nicht schämen, begangenes Unrecht einzugesehen. Gleich am ersten Tage, als ich Kunde erhielt von der durch den englischen Befehlshaber des Schiffes „Enterprise“ an einem amerikanischen Fahrzeuge verübten Gewaltthat, habe ich darüber bei der amerikanischen Regierung mein Bedauern ausgedrückt. Eben so, hoffe ich, wird auch Oesterreich thun wegen der durch einen österreichischen Offizier in Florenz an einem englischen Untertan verübten Mißhandlung.

Dänemark.

Kopenhagen, d. 10. Februar. Heute Vormittag ging das königliche Dampfschiff „Hella“ von hier nach Kiel ab, um sich zur Disposition der beiden Bundeskommissarien, General v. Thümen und Graf Mensdorff-Pouilly zu stellen, welche dorthier kommen werden, um Sr. Majestät dem Könige einen Abschiedsbesuch abzustatten, sobald sie die im Namen des hohen Bundes bisher in Gemeinschaft mit dem königlich dänischen Kommissar, Graf Reventlow-Grimmül geführte Verwaltung des Herzogthums Holstein in die Hände des Letzteren überliefert haben werden, womit zugleich die Bundes-Intervention beendet sein und die Räumung Holsteins durch die Bundesstruppen erfolgen wird.

Türkei.

Ein Schreiben des Correspondenz-Blatts aus Böhmen aus Pera führt die Bedeutung der Entlassung Reschid-Pascha's auf ihr richtiges Maß zurück. Es sagt: Die Veränderung im Cabinet des Sultans war, wenn auch immer bedeutend, doch lange nicht so durchgreifend, als es im Anfange geschienen hatte. Reschid-Pascha ist allerdings gefallen, aber um zwei Tage später Präsident des Reichsraths zu werden, welcher immerhin eine sehr bedeutende Rolle im Reiche spielt, besonders wenn man die Bedeutungslosigkeit des jetzigen Großveziers berücksichtigt. Der frühere Reichsrathspräsident Rifaat-Pascha, ein der österreichischen Politik nicht feindlicher Mann, ist (wie bereits gemeldet) einstweilen in Disponibilität versetzt. Die bisherigen Veränderungen im Ministerium scheinen vorderhand nur darauf hinzuweisen, daß die Pforte ihre Politik etwas mehr dem gegenwärtigen Stande der Dinge in Europa anpassen wolle, ohne die früher befolgte desavouiren zu wollen. Es steht ihr dann frei, bei günstiger Gelegenheit wieder die sogenannte Politik zu ergreifen und Reschid-Pascha wieder an das Ruder zu rufen, oder endlich ihr etwas ledendes Staatsschiff in den allgemeinen Strom des Conservatismus einzulenkten.

Aus der Provinz Sachsen.

Die diesjährige Centralversammlung aller landwirthschaftlichen Vereine der Provinz Sachsen und der drei anhaltischen Herzogthümer findet am 17. und 18. Mai zu Bernburg statt. Ihr schließt sich am 19. eine von dem Göthenschen Verein veranstaltete Eherschau zu Götzen an. Schon jetzt werden in Bernburg und Götzen Anfallen getroffen, um den dort vom 17. bis 19. Mai zu-

ammenströmenden Gästen aus den Herzogthümern und aus allen Theilen der Provinz Sachsen den Aufenthalt angenehm und nützlich zu machen.

Nachrichten aus Halle.

Am 16. Februar.

Gestern Vormittag 11 Uhr passirte die Königin von Hannover nebst Gefolge auf ihrer Rückreise von Altenburg den hiesigen Bahnhof.

In der benachbarten Bülberger Mühle ereignete sich vorgestern ein schauerhafter Unglücksfall. Beim Stellen des Mählwerks wurde der damit beschäftigte Mählknappe, indem seine Dornbeileidung in das Spigrad sich verwickelte, von demselben ergriffen und so schrecklich zermalmt, daß sein Tod sogleich erfolgte. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und zwei Söhne, wovon der eine ebenfalls in der Bülberger Mühle arbeitet, der andere, welcher auch das Geschäft seines Vaters erlernt hat, mit seiner Mutter in Merseburg lebt.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 11 bis 16. Februar.

Im Kronprinzen: Hr. Bergrath Käper a. Haberstadt. Hr. Insp. Mertens a. Berlin. Hr. Rittergutsbes. Schlemmer a. Hannover. Die Hrn. Kaufm. Mühlh. a. Breslau, Gehhardt a. Arnstadt, Bader a. Nürnberg, Waisner a. Weimar, Glent a. Weckburg, Wehner a. Kassel.
Stadt Zürich: Hr. Domainenpächter Bern a. Yver. Hr. Justizrath Müller a. Erfurt. Hr. Rent. Campbell a. Paris. Hr. Fabrik. Würthardt a. Mannheim. Die Hrn. Kaufm. Richter a. Potsdam, Finckh a. Grefeld, Kupfers a. Frankfurt, Range a. Berlin.
Soldner Ring: Die Hrn. Kaufm. Stein a. Debitfeld, Schünemann a. Döberstenleben, Wintler a. Magdeburg. Hr. Chemiker Brüdner a. Berlin.
Englischer Hof: Hr. Defon. v. Studer a. Borna. Hr. Amm. Drescher a. Belgern. Hr. Lehrer Meier a. Dresden. Die Hrn. Kaufm. Preze a. Steintin, Schmorkau a. Schneeburg, Hennig a. Götzen. Hr. Buchdruckerbes. Meier u. Hr. Kaufm. Meier a. Berlin. Hr. Maurermeister. Köpff, Hr. Hoteleier Knodt u. Hr. Kaufm. Sauter a. Leipzig.
Stadt Hamburg: Hr. Geh. Rath. Krüger a. Berlin. Hr. Amm. Wäsemann a. Rathgast. Hr. Apoth. Strauß a. Dessau. Hr. Partik. Hof a. Schweden. Hr. Rittergutsbes. Meier a. Randsdorf. Hr. Oberförster Geyer a. Annarode. Hr. Defon. Hausfnecht a. Reinsdorf. Hr. Amm. Barth a. Altleben. Hr. Hauptm. v. Gerschen a. Berlin. Hr. Rent. Meier a. Leipzig. Hr. Mühlenbes. Thormann a. Magdeburg. Die Hrn. Kaufm. Rodoll a. Kassel, Uhlig a. Nordhausen, Thuner a. Dresden, Heße a. Magdeburg.
Schwarzer Bar: Hr. Mundfuch Schönau a. Dresden. Hr. Adlermeister. Obbede a. Ermleben. Hr. Dr. Hus a. Berlin.
Soldner Angel: Hr. Defon. Reusch a. Dresden. Die Hrn. Kaufm. Haufen a. Leipzig, Hartung a. Erfurt, Meißner a. Magdeburg, Schottländer a. Steintin, Lange a. Breslau.
Magdeburger Bahnhof: Hr. Rent. Realisch a. Mainz. Hr. Kaufm. Werner a. Leipzig. Hr. Buchsch. Sauter a. Magdeburg. Hr. Fabrik. Koch a. Dessau. Hr. Geh. Schmidt a. Rethen. Mad. Schneider a. Berlin.
Thüringer Bahnhof: Hr. Durchl. der regier. Fürst v. Sagan-Witzenstein u. Gef. Hr. Graf v. Schwarzenau a. Schwarzenau. Hr. Kunstgärtner Schinkert a. Krefen. Hr. Rentier Windfor a. Meiningen. Die Hrn. Kaufm. Baumann a. Petersburg, Gleichmann a. Hamburg, Franke a. Leipzig, Kittmann a. Bremen, Robert a. Chaur de Fond.

Dienstag den 17. Februar Abends 6 Uhr

Versammlung der Singakademie

im Saale des Kronprinzen.

Der Vorstand.

Meteorologische Beobachtungen.

| 15. Februar. | Morgens 6 Uhr. | Nachm. 2 Uhr. | Abends 10 Uhr. | Tagesmittel. |
|-------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Luftdruck *) | 337,22 Par. l. | 336,95 Par. l. | 336,02 Par. l. | 336,73 Par. l. |
| Dampfdruck | 1,97 Par. l. | 2,06 Par. l. | 2,08 Par. l. | 2,04 Par. l. |
| Relat. Feuchtigk. | 92 pCt. | 87 pCt. | 98 pCt. | 92 pCt. |
| Luftwärme | 0,7 C. Rm. | 1,9 C. Rm. | 0,7 C. Rm. | 1,1 C. Rm. |

*) Alle Luftdruckbeobachtungen sind auf die Temperatur 0 Grad Reaumur, reducirt.

Bekanntmachungen.

Retourbriefe.

- 1) An den Bishlhermeister Uhde hier. 2) An Friedr. Wihl. Deiwigahn, Mauergeselle in Werlich bei Scheuditz. 3) An Krieselmann, Buchhandl.-Commis in Leipzig. 4) An den Gerichtsboten Reindeke in Scheuditz. 5) An die Wittwe Pleke in Breitenhagen. 6) An den Fleischermeister Schmied in Wiedersfeld. 7) An die Ehefrau des Schiffers Fr. Becker in Altleben. 8) An Gintzer jun. in Dessau. 9) An M. Lebermann in Merzbach (Baiern). 10) An den Schäfer Aug. Herrmann in Siebichenstein. 11) An die verehel. Kaul in Gimritz. 12) An Fräulein Margarethe Zunger in Frankfurt a/D. 13) An E. Nelly poste restante hier. 14) An den Schiffer Wihl. Prens in Wonne. 15) An den Anspanner Brose in Helfta.

16) An Dr. Bredow in Magdeburg. 17) An H. K. poste restante Weitin. 18) An R. R. a. poste restante Leipzig. 19) An den Schneidhermeister Küpp in Zeiz.

Halle, den 15. Februar 1852.
Königl. Post-Amt.

Verkaufs-Anzeige.

Die Gemeinde Groitzsch b/H. beabsichtigt den 3. März er. Nachm. 1 Uhr in dem Schenklokale daselbst ein Stück hutfreies Bergland von circa 4 Morgen, nicht weit von der Halle-Magdeburger Chaussee, in welchem sich ein reiches Lager von Porzellanerde befindet, öffentlich meistbietend zu verkaufen. Der Boden qu. Landes ist auch zu Anpflanzungen geeignet. Die Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht. Der Ortsvorstand.

1000 — 1200 *R* sind auszuliehen Domplatz Nr. 1032.

In Nie megk bei Bitterfeld ist ein Wohnhaus nebst Zubehör zu verkaufen. Das Nähere hierüber erfährt man daselbst bei dem emeritirten Pfarrer und Hausbesitzer M. Weber.

Einen Lehrling sucht der Schuhmachermeister Herrmann am Domplatz Nr. 1028.

Um Beschäftigung in guter und sehr billiger Schneiderarbeit bittet ganz ergebenst der Schneider Schröder im Familienhause am Leipziger Thor.

Ein übercomplettes Ackersperd hat zu verkaufen Ferdinand Volke in Zienst d.T.

Schuldenhalber soll das dem Bergarbeiter Friedrich Doelz und Ehefrau Friederike geb. Wiegell gehörige, zu Gerbstedt am Sperlingsberge belegene und sub Nr. 91 eingetragene Wohnhaus und Zubehör, taxirt auf 221 $\frac{1}{2}$ R., nebst folgenden Aekern Gerbstedter Flur:

1 $\frac{1}{2}$ Morgen Acker im kleinen Troge, taxirt auf 80 R.,

1 Morgen Acker in den Gänseäckern, taxirt auf 60 R.,

nach Inhalt der mit Hypothekenschein bis zum Termine in der Registratur einzusehenden gerichtlichen Taxe auf

den 22. Mai d. J. Vorm. 10 Uhr an hiesiger Gerichtsstelle im Wege der nothwendigen Subhastation verkauft werden.

Gerbstedt, den 7. Januar 1852.
Königl. Kreis-Gerichts-Kommission.

Freiwilliger Nittergutsverkauf.

Das im Mansfelder Gekreife des Regierungsbezirks Merseburg zwischen Halle und Eisleben belegene Amt Erdebörn, mit einem separirten Landbesitz von circa 31 Hufen, womit unter Umständen noch 8 $\frac{1}{2}$ Hufen in auswärtigen Fluren verbunden werden können, soll den 31. März d. J. Vormittags 10 Uhr im Gasthose zum „Schiff“ in Eisleben zum meistbietenden Verkaufe gestellt und der Zuschlag, wenn ein annehmliches Gebot erfolgt, sogleich ertheilt werden. Die Verkaufs-Bedingungen können bei dem Herrn Rentmeister Wünschmann zu Erdebörn bei Eisleben eingesehen werden, welcher auf Verlangen Abschrift davon gegen Erstattung der Kopialien ertheilen wird. Derselbe und die gegenwärtige Pächterin, Frau Ammann Noloff daselbst, werden jede weitere Auskunft geben und die Grundstücke nachweisen.

Böhrn bei Breslau, am 12. Febr. 1852.
L. Graf Schwerin.

Warnung!

Da das Fahren durch den Groitscher Pflastergrund nicht unterbleibt, werde ich Jedem, der es dennoch thut, ohne Ausnahme gerichtlich belangen. Der Schulze Weise.

Für eine Familienschule, in welcher circa 25 Kinder unterrichtet werden, wird zum baldigen Antritt ein Lehrer gewünscht. Hierauf reflectirende Schulamts-Candidaten erhalten auf portofreie Anfragen nähere Auskunft beim Klempner G. Kluge in Sorbig.

Warnung.

Obgleich mein Acker-Plan zwischen Debersleben und Raundorfer-Flur mit Warnungssteinen versehen ist, und das unbefugte Betreten solcher Grundstücke nach §. 347 Nr. 10 des neuen Strafgesetzbuches mit Geldbuße bis zu 20 R. oder 14 Tage Gefängniß bestraft wird, so maßen sich dennoch mehrere Personen an über diesen Ackerplan zu gehen und sogar zu reiten, weshalb ich Dieselben hierdurch warne, sich alles fernere Betreten jenes Ackerß bei Vermeidung obiger Strafe zu enthalten.
Schwittersdorf, d. 13. Februar 1852.
C. Fritsch.

Ausverkauf. Veredelte Birn- und Apfelbaum-Schulen von den allerbesten Sorten und 12 Schock 3jährige Birn- und Apfel-Saat sind billig zu verkaufen beim Gärtner Stolzer, Raubengasse Nr. 1773.

Den geehrten Vormündern zur Anzeige, daß ein elternloses gut erzogenes Mädchen, am liebsten von auswärtig, welche zu Eltern die Schule verläßt, freundliche Aufnahme findet bei
Händler, gr. Ulrichstraße Nr. 5.

Schweinshaare und Borsten kauft fortwährend Scheibe in Eisleben.

Ed. Schon in Bremen

expedit vom 1. März anfangend, am 1. und 15. jeden Monats große, kupferfeste und gekupferte Dreimaster erster Klasse nach **Newport** und **Baltimore**, so wie zur Zeit nach **Neworleans** und **Galveston**.

Allen Auswanderern ist eine frühzeitige Abreise mit den ersten Abfahrten im März zu empfehlen, da dann die Preise am niedrigsten stehen.

Mein bevollmächtigter Agent, Herr **Benno Liebers** in **Stadtsberga**, schließt gültige und bündige Schiffscontracte zu den billigsten Preisen für mich ab.

Bezugnehmend auf vorstehende Bekanntmachung empfehle ich mich dem verehrten auswanderungslustigen Publikum und verspreche reelle und sichere Bedienung.

Stadtsberga, den 1. Februar 1852.

Benno Liebers.

Empfehlung von Gemüse-Sämereien.

Meine diesjährige Sendung von **Gemüse-Sämereien**, wobei sich die seit vielen Jahren bekannten vorzüglichsten Sorten **Blumenkohl**, **Glaskohlrabi**, **Welschkohl**, **Marjoran**, **frühe Carotten** u. dergl. mehr besonders auszeichnen, empfehle ich hiernit besten.
C. F. Nisfel am Markte.

Eingemachte süße Preiselbeeren und Kirschen, Pfeffergurken und Perlwieseln empfiehlt
C. F. Nisfel.

Für Confirmanden

empfehlen wir die allerneuesten **Kleiderstoffe**, für jetzige Saison passend, in **Wolle** und **Halbwolle**, so wie die schönsten **Jacconets** und $\frac{1}{2}$ breite **Tricot** in den neuesten **Desseins**. Ferner empfehlen wir unser reichhaltiges Lager in gewirkten

Shawls und **Umschlagetüchern**, so wie in **Deckentüchern** zu sehr billigen Preisen

Gebr. Gundermann.

Dalkleider im neuesten Geschmack sind eingetroffen bei

Gebr. Gundermann.

Mantillen und **Visites** in **Atlas** und **Taffet** in modernster Façon billigst bei

Gebr. Gundermann, Leipziger Straße Nr. 324.

Wir bitten genau auf unsere Firma zu achten.

Leberthranseife,

das Vorzüglichste bei allen Hautleiden, à 5 und 7 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R.

Zu haben bei **C. Haring**, Nr. 200.

Holzfohlen, poröse **Steine** u. **Klinker** bei **Mann**.

Fetten geräucherter Wessler-Lachs, frischen **Seeborsch**, **Kieler Sprossen** ertheilt

Julius Kramm.

Zeltower Rübchen, à Meße 7 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R., empfiehlt **Julius Kramm**.

Selbstgezogene Saamen der ächten weißen Zuckerrübe, für dessen Reinheit und Keimfähigkeit garantirt wird, daß abzulassen die Zuckerrübenfabrik Salz münde.

Ein junger Mann, am liebsten ein solcher, welcher seine Lehrzeit erst soeben beendet, wird für ein hiesiges Geschäft gesucht. Näheres bei **S. N. Regel**.

Ein junger Mensch von guter Erziehung, welcher Lust hat die Müller-Profession zu erlernen, findet künftige Ostern eine Stelle in der Wassermühle zu Holzweißig bei Bitterfeld.

Speckfuchen

von heute an wieder täglich in der **Zaackel'schen** Bäckerei.

Anzeige.

Ein Interessent der Zuckerrübenfabrik zu Löbejün beabsichtigt Verhältnisse halber sein Antheil von 3 Actien zu verkaufen.

Näheres ertheilt in der Zuckerrübenfabrik Löbejün der Factor **Knop**.

Gebauer-Schwetfcke'sche Buchdruckerei in Halle.

Die Thalia

veranstaltet Freitag am 20. Februar cr. Abends 7 Uhr in der Weintraube einen

Maskenball.

Anständigen Personen ist die Theilnahme gestattet, sofern dieselben durch ein Mitglied eingeführt werden, und sind Billets für Damen à 7 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R. und für Herren à 10 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R. beim Buchbindermeister **Capser**, Schmeerstraße Nr. 708, bis den 20. Februar cr. Nachmittags 5 Uhr zu bekommen.

Stadt-Theater in Halle.

Mittwoch den 18. Februar:
Gastvorstellung des Herrn von Lehmann:
Der Vater der Debütantin,
Poffe in 4 Akten von Herrmann.
Hr. v. Lehmann „Windmüller“ als Gast.

Vorher:

Alles für Andere,
Lustspiel in Akt von Ch. B. Pfeiffer.
Hr. v. Lehmann „Baron v. Walter“ als Gast.
M. Döbbelin.

Marktberichte.

Magdeburg, den 14. Februar. (Nach Wispela.)
Weizen 50 — 58 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R. Gerste 32 — 39 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R.
Roggen 56 — 58 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R. Hafer 22 — 25 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R.
Kartoffel-Spiritus, die 14,400 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R. Zralles 36 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R.
Luedlburg, den 12. Februar. (Nach Wispela.)
Weizen 44 — 58 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R. Gerste 31 — 39 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R.
Roggen 49 — 58 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R. Hafer 20 — 26 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R.

Nordhausen, den 12. Februar.
Weizen 2 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R. bis 2 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R.
Roggen 2 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R. bis 2 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R.
Gerste 1 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R. bis 1 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R.
Hafer — 22 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R. bis 1 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R.
Rüböl, der Centner 10 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R.
Leinöl, der Centner 12 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ R.

Wasserstand der Saale bei Halle
am 15. Febr. Abds. 6 Uhr am Unterpiegel 9 Fuß 5 Zoll.
am 16. Febr. Mrgs. 6 Uhr am Unterpiegel 9 Fuß 4 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg
den 14. Febr. am alten Pegel Nr. 20 und 2 Zoll.
am neuen Pegel 16 Fuß 6 Zoll.

Hallische Zeitung

(im Schwetschke'schen Verlage).

Politisches und

für Stadt



literarisches Blatt

und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung (Schwetschke). — Redakteur Dr. Schadeberg.

Fortsetzung des Hallischen Couriers (im Schwetschke'schen Verlage).

N 79.

Halle, Dienstag den 17. Februar

1852.

Erste Ausgabe.

Deutschland.

Berlin, d. 14. Februar. Die Beratungen der Kommission Erster Kammer, welcher die Anträge auf Neubildung der Ersten Kammer zugewiesen worden, sind in zwei Sitzungen, die vorgestern und gestern stattfanden, so weit gefördert worden, daß die Materialien für den Bericht bereit liegen, mit dessen Erstattung der Abg. Dr. von Bander beauftragt ist. Beiden Sitzungen wohnte der Minister des Innern selbst bei. Das Resultat ist, daß über den Geyst'schen Antrag der Kammer Uebergang zur Tagesordnung anempfohlen wird, und daß der Antrag Moensleben-Stahl-Gaffron der Kammer in folgender abgeänderter Gestalt zur Annahme empfohlen werden wird: §. 1. An Stelle der Artikel 65, 66, 67 und 68 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 tritt die Bildung der ersten Kammer durch Anordnung des Königs. §. 2. Die erste Kammer soll bestehen a) aus den großjährigen Prinzen des königl. Hauses; b) aus den Häuptern der hohenollern'schen Fürstenhäuser; c) aus den Häuptern der früheren reichsständischen Geschlechter in Preußen; d) aus den Häuptern der Familien, denen das Recht auf Sitz und Stimme in der Ersten Kammer in Einzel- oder Erbfolge verliehen wird; e) aus Mitgliedern, welche von korporativen Verbänden des größeren, vornämlich des alten und des besitzigen Grundbesitzes, die der König bestimmt, zur ersten Kammer aus ihrer Mitte entsenden werden. Die Zahl der Mitglieder dieser Kategorie soll nach dem Verhältnis sich; Obgleich die großen Städte und der Landbesitz des Königs. §. 3. Die Wirksamkeit der vom 7. August d. J. Bis zu diesem Zeitpunkt Wahlgesetz vom 6. December 1848.

Die Petitionskommission der Zweiten Kammer hat einen Antrag der Pöbinger Jonas, Sydenhams betreffend die Herstellung der vollen Unabhängigkeit der Kirche, — beschlossen, den Uebergang zur Tagesordnung zu beschließen.

In der betreffenden Kommission der Ersten Kammer wurde die Ablehnung des von den Abgeordneten von Brachten Antrags auf Niederlegung einer Adresse zu Gunsten der Deutsch-Katholiken beschlossen.

Die große Theilnahmslosigkeit, welche die Ernennung von Wählern für die Kommissionen trift, hat bereits an den geeigneten Stellen wie diesem Uebelstande abgeholfen werden können, daß neue und wieder neue Wahlen mußten, weil sich kein Wähler fand, und durch eine kleine Minorität der berechtigten Wähler geworden. Da es nun nach den Befehlen gibt, die Wähler zur Ausübung ihrer Staatspflichten mit Strafen zu belegen, so Bg." mittheilt, der Vorschlag gemacht, die auf die Wahlliste zu setzen und für diesen zu zählen, welche nicht beim Wahlsche abgab aber denselben als Volksvertreter zu betrachten. Die Majorität aller berechtigten Wähler oder wenigstens die Majorität der Wähler gegen war.

Der Criminalsenat des Kammergerichts hat die Appellation des Staatsanwalts gegen die Freisprechung des Abgeordneten Hermant bekanntlich verurtheilt. Der Staatsanwalt Sethe vertrat die Staatsanwaltschaft, der Justizrath Ulert den Angeklagten. Nachdem der erste Theil des Referats, eben so wie ein Theil des incriminirten Schriftstücks in öffentlicher Sitzung

vorgetragen war, zog sich der Gerichtshof plötzlich zur Beratung zurück und schloß in Folge derselben aus Gründen des öffentlichen Wohls die Öffentlichkeit aus. Ueber die Verhandlung selbst vermögen wir daher nichts zu berichten, das Resultat derselben ist zwar auf Befriedigung der Freisprechung gegen den Angeklagten selbst, zugleich aber auf Vernichtung des Bürger- und Bauernbriefes ergangen. Dem Vernehmen nach hat der Gerichtshof den Inhalt des Briefes für strafbar erachtet, woraus sich die Vernichtung desselben rechtfertigt, und den Angeklagten nur um deshalb freigesprochen, weil noch kein Exemplar des Briefes vor der Consecration ausgegeben worden ist.

Nach dem neuesten Militär-Wochenblatte hat sich die Direktion der Berlin-Anhaltischen Eisenbahngesellschaft erboten, fortan und bis auf Weiteres den Mannschaften vom Feldwebel einschließlich abwärts auch bei Reisen in eigenen Angelegenheiten, gegen Vorzeigung ihres Urlaubspasses und sofortiger Entrichtung des Fahrgeldes, die Vergünstigung des bei Beförderungen in Dienstangelegenheiten bewilligten Tarifpases von 20 Pfennigen für den Mann und die Meile in 3. Wagenklasse zu gewähren.

[Dreiundzwanzigste Sitzung der Ersten Kammer am 14. Februar, 10 Uhr.] Am Ministertische der Finanzminister. Die Kammer füßt sich spät. Auf der Tagesordnung sind die von Moensleben, die Verfassungs-Artikel 10 und 11 zu handeln.

zuerst: „die Kammer wolle in verfassungsmäßigen Artikel 99 durch folgende Bestimmungen ersetzt werden: Der Ausgabe-Etat ist die zu dauernden Staatsausgaben erforderlichen außerordentlichen Etat. Der in dem ersten Jahre durch ein Gesetz festzustellende Etat der ordentlichen Bereinigung der Staatsregierung und der Einnahmen, und bis diese Einigung erfolgt, ist die Staatsschuld des Etats die Ausgaben fortzusetzen. Auf die Einnahmen und der ordentlichen Ausgaben, die ereignet haben oder als nothwendig erkannt werden von der Staatsregierung alljährlich vorgelegt und ar besseren Uebersicht veranlaßt die Staatsregierung im ersten Jahre der Legislatur-Periode der Zweileit mitsühneitende neue Ausfertigung des ordentlichen Etats für die außerordentlichen Ausgaben erfolgt

begründet zunächst seinen von der Kommission nach den bisherigen Bestimmungen wöhnliche Macht einer einzelnen Kammer der schließt sich dem Kommissionsvor-

ratin dem Commissionsbericht, daß die Mitglieder die Annahme des combinirten Antrages auch Mitglied derselben und habe dagegen finden. Der Redner geht zuerst auf den Vorlage von 1849 über, welcher eine Fortsetzung zur ersten Budgetberatung festsetzte und die Bestimmung enthielt. Er giebt hierauf Bildung jenes Gesetzes. Die Ausgaben der Regierung als ihr größtes Recht früher angesehen; 1850 die Regierung nach Vertagung der selbstständig fortgesetzt. Man brauche also möglichen Steuerverweigerung zu haben. Uenzen eingehen, findet er eine dreijährige nicht zweckmäßig; so bald habe man einen noch kühneren Griff gemacht: die ordentlichen Ausgaben sollen ein für allemal festgestellt werden. Das beste, das Volk solle noch einmal dieselben festsetzen; dann aber auf sein Recht verzichten. Man

x-rite colorchecker CLASSIC



noch kühneren Griff gemacht: die ordentlichen Ausgaben sollen ein für allemal festgestellt werden. Das beste, das Volk solle noch einmal dieselben festsetzen; dann aber auf sein Recht verzichten. Man